

Abonnement: für Berlin vierteljährlich 6. M 75, für das deutsche Reich und ganz Oesterreich 9. M incl. der Postbeförderungsgebühren. Bestellungen nehmen an die Expedition, W. (S.) Mohrenstraße 59, und sämtliche Postanstalten.

National-Zeitung.

Inserate. — Die Beilage: Morgen-Ausgabe 4-gespalten 40 S. Colonne resp. deren Theile 300 M u. f. w. Abend-Ausgabe 3-gespalten 60 S. — Reflektate 3-gespalten 1 M 50 S — Colonne 450 M u. f. w.

Deutscher Reichstag.

15. Sitzung vom 26. März.

12 Uhr. Am Bundesrathstische: Direktor Köhler u. A. Eingegangen: Gesetzentwurf betr. Abänderung des Reichs-Gesetzes und der Gerichts-Ordnung für Rechtsanwältinnen. Zur Verathung steht zunächst in zweiter Lesung der Gesetzentwurf betr. Abänderung des Reichsbeamten-Gesetzes.

Abg. Sahn beantragte, in § 150 der Regierungsvorlage anstatt des Satzes: „Der Verlust des Klagerrechts tritt auch dann ein, wenn nicht von dem Beigelagten, über dessen Anspruch die höhere Reichsbehörde Entscheidung getroffen hat, gegen diese Entscheidung binnen gleicher Frist die Beschwerde an die oberste Reichsbehörde erhoben ist“

als besonderen Absatz zu setzen: „In den Fällen, in welchen gemäß § 51 die höhere Reichsbehörde Entscheidung getroffen hat, tritt der Verlust des Klagerrechts auch dann ein, wenn nicht von dem Beigelagten gegen diese Entscheidung binnen gleicher Frist die Beschwerde an die oberste Reichsbehörde erhoben ist.“

Schaffmeister Dr. Jacobi erklärt, daß der Antrag Sahn den Intentionen des Gesetzes nicht widerspreche und stellt die Entscheidung darüber dem Hause anheim.

Der Antrag Sahn und der Rest der Vorlage wird angenommen.

Es folgt die erste Verathung des Gesetzentwurfs betr. den Verkehr mit Kunstbutter.

Direktor im Reichsgesundheitsamt Köhler: Seit 20 Jahren hat sich zunächst in Frankreich, dann auch in Oesterreich-Ungarn und anderen Ländern der gemäßigten Zone die Kunstbutter-Industrie heimlich gemacht. In den letzten Jahren machte der französische Chemiker Mège-Mouries die Entdeckung, daß Kühe, denen jede Nahrung entzogen wurde, gleichwohl fetthaltige Milch absonderten. Daraus schloß er, daß dieser Fettgehalt nur dem thierischen Fett entnommen sein könnte, in der Weise, daß von diesem Fett der stearinhaltige Theil durch die Alkoholkraftigkeit ausgezogen würde, dagegen der übrige Theil, das Oleomargarin, in dem Futter verbliebe. Diese Entdeckung machte er sich so zu Nuge, daß er direkt aus dem thierischen Fett Butter herstellte, indem er dasselbe unter mäßiger Erwärmung presste und den weichen Theil des Oleomargarins verbutterte. So entstand ein Produkt, welches der Naturbutter sehr ähnlich war. Seitdem gewann die Kunstbutterfabrikation immer größere Verbreitung. Man begnügte sich aber nicht mit diesem gewissermaßen auf wissenschaftlicher Grundlage hergestellten Produkt, sondern produzierte in großem Umfange ein butterähnliches Fett, ohne das Stearin zu entfernen. An sich würde nun dieser Erwerbszweig zu keinen Bedenken Anlass geben, wenn das Publikum dadurch zu billigerem Preise ein vortreffliches Nahrungsmittel erhielte und wenn für die Gesundheitspflege keine Gefahren entstünden. Leider ist es anders nicht der Fall; man versucht Kunstbutter als Naturbutter zu verkaufen. So erhält denn einmal der Konsument nicht, was er will, auch noch für ein minderwerthiges Produkt zu hohe Preise bezahlt. Andererseits leidet darunter die heimische Produktion. Infolge der Konkurrenz der Kunstbutter sind die Preise für Naturbutter ganz erheblich gesunken. Vielfach wird geklagt, daß man an die Grenze des Selbstkostenpreises gekommen sei. Von einer Seite wird sogar behauptet, daß bereits unter dem Selbstkostenpreise verkauft wird. Nun hat aber die Landwirtschaft, für die die Butterfabrikation einen der wichtigsten Erwerbszweige bildet, schon sehr viel unter der Ungunst der Verhältnisse zu leiden. Dann hat auch unser Export unter der Konkurrenz der Kunstbutter zu leiden. Anfangs gelang es ja, bessere Kunstbutterforten als Naturbutter zu exportieren. Dadurch wird die Verführung nahe gelegt, geringere Sorten unterzuschleusen. Es kommt der Moment, wo das Ausland dies merkt, und das dadurch entstehende Mißtrauen schlägt auch auf die Naturbutter zurück. So haben wir denn in unserm Export einen wesentlichen Rückschlag zu verzeichnen. Die Ausfuhr betrug 1885 140 735 Doppelcentner, wovon der weit überwiegende Theil, 115 081 Doppelcentner, über Hamburg-Altona, meist nach Großbritannien, ging. Dieser Ausfuhr steht eine Einfuhr von 40 946 Doppelcentnern gegenüber. Im Jahre 1886 ist dagegen die Einfuhr von 140 735 auf 123 041 Doppelcentner zurückgegangen, und zwar findet sich dieser Rückschlag hauptsächlich bei dem Export über die Zollausfuhren und direkt nach Großbritannien. Ueber Hamburg wurden im Jahre 1886 150 081 Doppelcentner, im vorigen Jahre nur 100 203 exportiert. In einem unserer Nachbarstaaten, wo man es unterlassen hatte, rechtzeitig gesetzliche Bestimmungen zu treffen, waren die Folgen Anfangs eine Steigerung des Exports, nachher ein jähes Nachlassen. (Hört! hört!) Ein anderer Nachbarstaat ist vorläufiger gemein, er hat der betrügerischen Unterschiebung von Kunstbutter einen Riegel vorgeschoben und sich auf diese Weise ein großes Absatzgebiet nach Großbritannien erobert.

Es ist nun die Uebersetzung der verbundenen Regierung, daß wir in Deutschland mit einer gesetzlichen Regelung dieser Verhältnisse nicht länger warten dürfen. Ein großer Theil der Kunstbutterindustrie ruht ja auf reeller Basis, aber es soll von Anfang an das Produkt als das, was es ist, kenntlich gemacht werden, nämlich als Kunstbutter. Ich empfehle daher diesen Entwurf Ihrer wohlwollenden Beurtheilung und bitte Sie um Annahme desselben. (Beifall.)

Abg. Graf Solheim: Ich kann mich mit den Ausführungen des Herrn Vorredners nicht ganz einverstanden erklären, soweit die selben sich auf die Lage der Landwirtschaft in dieser Frage beziehen. Am Interesse der Landwirtschaft ist es dringend geboten, daß ein Gemisch aus Fett überhaupt nicht als Butter verkauft werden kann. Ich empfehle Ihnen nun das eingehende Studium der Motive der Vorlage, aus denen Sie ersähen werden, daß bei uns in Deutschland die Produktion der zur Kunstbutter verwendeten Fette unter einer so genauen Kontrolle steht, daß dadurch eine Verwendung gesundheitsgefährlicher Stoffe vollkommen ausgeschlossen ist. Anders ist es bei den amerikanischen Fetten, ohne die aber die deutsche Kunstbutter-Industrie gar nicht auskommen kann, denn in Deutschland wird gar nicht so viel Fett produziert, um den Bedarf für Kunstbutterfabrikation zu decken. Nach den Bestimmungen der Vorlage fehlt unter jede Kontrolle, ob wir in einem Falle, wo wir schlechtes Fett verlangen, auch wirklich Naturbutter erhalten, und es wird dadurch den Hintergehung durch Restaurationen, Dienstboten u. der weiteste Vorbehalt geleistet. Zu Folge des Gesetzes werden die Preise für Natur- wie Kunstbutter sehr zurückgehen und die Landwirtschaft arg geschädigt dadurch, daß ihr letzter Rettungsdanker, die Molkerei, in ihrer Fortexistenz bedroht wird. Es giebt nun sehr wohl einen Weg, der Industrie sowohl als der Landwirtschaft zu helfen dadurch, daß man für die Kunstbutter eine obligatorische Färbung einführt. Es ist dies das einzige Mittel. Dann ist jede Fälschung ausgeschlossen, mag man die Kunstbutter verkaufen, unter welchem Namen man will. Außerdem aber ist es notwendig, daß jede Mischung von Naturbutter mit Kunstbutter verboten wird, weil sonst der Käufer keine Garantie für das Mischungsverhältniß besitzt. Die Frage der Kunstbutterfabrikation begegnet nun häufig einer gewissen Geringschätzung. Sie ist aber für die Landwirtschaft von einer so weit tragenden Wichtigkeit, daß ich Ihnen die ernstlichste Forderung auf's angelegentlichste ans Herz lege. Ich beantrage daher, die Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern zu überweisen. (Beifall.)

Abg. Lucius (Centr.) erklärt, dem Gesetzentwurf gänzlich untheilhaftig gegenüber zu stehen. Wer nach seinen Beobachtungen und Erfahrungen sei die Zusammenfassung des Kunstbutter eine ganz unschädliche. Ein Zusatz von Milch sei notwendig, da die

Kunstbutter sonst weder das Ansehen noch den Geschmack von Butter haben würde. Eine Regelung der Frage sei erforderlich, weil auch die Fabrikanten gegen ungerechtfertigtes Verurtheil und Verdacht geschützt sein wollten.

Abg. Peters (nl.): Die Vorlage kommt einem Bedürfnis entgegen, welches in Folge der Ausdehnung der Fabrikation und des Verkaufs von Kunstbutter ein sehr dringendes geworden ist. Es ist eine Thatsache, daß die unbemittelten Volksklassen vielfach beim Kauf von Kunstbutter dadurch getäuscht werden, daß sie glauben, Kunstbutter unterscheidet sich von echter Butter nur durch die Art der Herstellung, daß sie vielfach Kunstbutter anstatt Butter erhalten, und daß sie verleidet werden, höhere Preise für Kunstbutter zu zahlen, als sie bei Kenntniß der Verhältnisse zahlen würden. Diese Täuschung bewirkt nicht bloß eine Schädigung der Konsumenten, sondern auch der Landwirtschaft. In Holland, wo die Landwirtschaft hauptsächlich auf den Export ihrer Produkte angewiesen ist, ist der Export der Butter durch den gleichzeitigen Export der Kunstbutter erheblich zurückgegangen und die dortigen Meierei-Gesellschaften haben erheblichen Schaden erlitten. Nun will ich aber durchaus nicht, daß Produktion und Verkauf von Kunstbutter durch irgend welche Maßregel erschwert oder gar unterdrückt werden soll; denn sie steht ihrem Nährwerthe nach der echten Butter sehr nahe bei erheblich billigerem Preise und ist daher ein sehr wichtiges Nahrungsmittel für die unbemittelten Klassen. Zu besser muß verhindert werden, daß der Konsument der Kunstbutter mit derselben getäuscht wird. Ich bin fern davon, den Kunstbutter-Fabrikanten eine abschließende Zulassung des Publikums vorzuerweisen; aber sicherlich hat der Konsument doch den thätlichen Täuschungen einen Theil seiner Aufmerksamkeit zu verdanken. Ich glaube nun, daß die Vorlage im Ganzen das Richtige trifft. Nur halte ich für noch wenig, daß jede Fälschung des Käufers ausgeschlossen wird, und darum meine ich, daß die Bestimmung, wonach der Name „Kunstbutter“ obligatorisch sein soll, eine unglückliche ist. Es würde durch diesen Namen die Fälschung des Publikums gefördert werden. Es muß daher gerade im Gegentheil jeder Name verboten werden, in welchem das Wort „Butter“ vorkommt. Ob man überhaupt einen oder mehrere bestimmte Namen vorschreiben will, etwa „Margarin“, „Oleo-Margarin“, „Speisefett“ oder davon absehen will, wird Sache der Erwägungen der Kommission sein, ebenso, ob für die Kunstbutter eine bestimmte Färbung vorgeschrieben werden soll. Die vorgeschlagene Färbung der Kunstbutter wäre allerdings der gesundheitliche Schutz für die Naturbutter. Ich kann aber dieser Maßregel keineswegs zustimmen, denn sie würde einer fast völligen Vernichtung des Kunstbutterkonsums gleichkommen. (Rufe rechts: Warum?) Weil das Publikum vor allen Surrogaten für Nahrungsmittel zurückbleibt, die in ihrem Aussehen von den letzteren zu sehr abweichen. Man will auf eine künstliche Art nicht nur die lokale Konkurrenz unmöglich machen, sondern auch die lokale. Ich strebe also in der Hauptsache auf dem Verbot der Vorlage; Einzelheiten werden wir in der Kommission zu prüfen haben. (Beifall.)

Direktor im Reichsgesundheitsamt Köhler: Der Umstand, daß man glaubt, die Zusammenfassung der Kunstbutter sei eine gesundheitswidrige, beruht größtentheils darauf, daß man behauptet, es werde im Lande gar nicht so viel Rohmaterial erzeugt, wie die Kunstbutterfabrikation verbraucht. Indes beruht diese Behauptung auf falscher Auffassung der statistischen Zahlen. Daß nicht gesundheitsschädliche Mischungen bei der Fabrikation in Wirklichkeit vorkommen, will ich nicht bestreiten. Aber mit der Bestimmung, daß die Zusammenfassung der Kunstbutter einer gesundheitlichen Kontrolle unterworfen werden solle, wäre wenig gewonnen. Eine solche Kontrolle findet ja im allgemeinen schon für alle Nahrungsmittel statt. Sollte hier noch eine besondere Kontrolle eingerichtet werden, so müßten wir nicht nur eine genaue Buchführung der benutzten Rohmaterialien vorschreiben und eine genaue Prüfung jedes einzelnen Materials vornehmen, wir müßten auch den Gebrauch von Rohmaterialien aus ganzen Bezirken verbieten, was ein großer Schlag für diese Industrie wäre, und wir müßten ferner die Einfuhr des Fettes verbieten, was anderen Interessen widersprechen würde. Sie können zum Bundesrath das Vertrauen haben, daß er die notwendige gesundheitliche Kontrolle ausüben wird; bis jetzt hat sich die Nothwendigkeit besonderer Maßregeln noch nicht herausgestellt. Die befürwortete obligatorische Färbung der Kunstbutter würde allerdings jede Fälschung ausschließen. Aber sie würde zugleich den Konsum der Kunstbutter aufs äußerste beeinträchtigen und die Fabrikation derselben fast gänzlich stillmachen, und das würde nicht einmal der echten Butter, sondern vielmehr dem amerikanischen Schmalz zu Gute kommen. Das gewünschte Verbot der Mischung mit echter Butter würde viel zu weit gehen und wäre auch schwer durchzuführen. Daß die Strafbestimmungen der Vorlage nicht scharf genug wären, kann ich nicht zugeben; ich meine, sie sind vollständig ausreichend, um jede, selbst unabsichtliche Fälschung zu hintertreiben.

Abg. Gehlert (Reichspartei): Diese Vorlage vertritt allein den Standpunkt des Konsumenten. Ich meine auch, daß der Konsument meist nicht im Stande ist, den Werth der ihm gebotenen Waare zu schätzen, so muß er von Staatswegen gegen Uebertheuerung geschützt werden. Was aber den Konsumenten am besten gegen minderwerthige Kunstbutter schützen könnte, wäre die Färbung dieser Butter. Ich möchte ein sanftes Hellblau vorschlagen. (Große Heiterkeit.) Ich verweise diesen Vorschlag in der Vorlage, die nicht weit genug geht, um alle Interessen des kleinen Konsumenten zu wahren. Bisher hat man der Kunstbutter die Farbe der Naturbutter gegeben, und es ist gefärbt worden, um zu täuschen, jetzt muß gefärbt werden, um den Betrug zu verhindern. (Heiterkeit.) Durch die illegitime Färbung erbt hat das Kunstprodukt sich das weite Absatzgebiet erworben. (Sehr wahr!) Meine politischen Freunde sind darum für Einführung der obligatorischen Färbung. Wir sind der Ueberzeugung, daß damit sowohl der Zweck erreicht als auch keine legitimen Interessen verletzt werden. (Sehr wahr!) Hubeleien des Verleibes wollen wir nicht, wir wollen auch nicht den Gerechten mit dem Ungerechten leiden lassen. (Beifall.)

Abg. Zabor (Sog.-Demokrat): Ich erkenne namens meiner Fraktion an, daß die Vorlage im Wesentlichen zweckentsprechend ist. Ich weise nur darauf hin, daß das Surrogat für Naturbutter erst unter der Herrschaft der neuen Wirtschaftspolitik eingebracht ist. Es ist dies natürlich bei den drückenden Steuern, mit denen seit Einführung der neuen Zollpolitik alle Lebensmittel belastet sind. Wir würden nun ein allgemeines Nahrungsmittelgesetz einem Ausnahmefall gegen die Kunstbutter vorziehen. Es scheint aber, daß ein solches Gesetz jetzt noch nicht möglich ist. Ein Ausnahmefall gegen eine Sache wird ja auch nicht mit der Barbarei und Grausamkeit durchgeführt werden wie gegen Menschen. Wir werden darum für diese Vorlage stimmen, da dieselbe im Wesentlichen bezweckt, das kaufende Publikum vor Fälschungen zu bewahren. Hauptsächlich wird die Veranlassung in der Kommission etwas brauchbares und nichts schlechteres als die gegenwärtige Vorlage zu Stande bringen.

Direktor im Reichsgesundheitsamt Köhler: Ich will nur die Behauptung des Vorredners zurückweisen, daß die Kunstbutterfabrikation erst unter der Herrschaft der Sozialpolitik ihren Aufschwung genommen hätte. Das wäre richtig, wenn die Kunstbutter heute billiger verkauft würde als das Schmalz nach dem neuen Zolltarif. Daß ich bei weitem nicht der Fall. Die Verbreitung der Kunstbutter beruht nur auf der unredlichen Konkurrenz mit der Naturbutter und dem dadurch erzielten hohen Gewinn.

Abg. Dr. Witte (fr.): Meine Partei steht auf dem Standpunkt, daß im allgemeinen ein Eingreifen in den freien Verkehr nicht zu empfehlen ist. Wir haben jedoch unter den obliegenden

Verhältnissen keinen Grund der Vorlage entgegenzutreten. Im Gegentheil, wir finden, daß die Vorlage die Interessen des Publikums in sehr richtiger Weise schützt, ohne dabei in die Interessen des Fabrikanten und Verkäufers allzu sehr einzugreifen. Indes muß ich mich gegen die eben gehörten Meinungen des Regierungsvortraters erklären, als ob im Verkehr mit Kunstbutter die abschließende Zulassung des Publikums sehr häufig sei. Das ist nach meinen Erfahrungen keineswegs der Fall. Wir werden also den Gesetzentwurf, wie er vorliegt, annehmen, und würden eine kommissarische Veranlassung gar nicht für nöthig halten, wollen wir aber auch nicht widersprechen. Die von jener Seite (rechts) vorgeschlagene Färbung der Kunstbutter hat weiter keinen Zweck, als daß man die dem Publikum verheimlichte (Widerpruch rechts.) Was wir gehört haben, ist die alte Taktik, wonach man erst erklärt, einem Gesetzentwurf sympathisch gegenüberzustehen und ihn dann zu Fall zu bringen sucht. Sollte die veränderte Veranlassung des Kunstbutterkonsums erreicht werden, so wäre das gar keine Förderung, sondern eine Schädigung der Landwirtschaft; denn es würde nur zu einer verderblichen Ueberproduktion von Butter führen. Man hat heute auf die amerikanischen Verhältnisse hingewiesen; aber nach meiner Ueberzeugung sind die heute erhobenen Klagen ebenso unbegründet wie seiner Zeit die Klagen über das amerikanische Schweinefleisch. Es liegt im eigenen Interesse des amerikanischen Exporteurs, nur gesunde Produkte zu versenden. Ich empfehle also nochmals die Annahme der Vorlage.

Abg. Graf Hensbroeck (C.) ist mit der Tendenz der Vorlage einverstanden, nicht aber mit den Einzelbestimmungen derselben. Der eigenthümliche Umstand, daß die Vertreter der Sozialdemokraten und Freisinnigen für, die der Konservativen gegen die Fassung des Gesetzentwurfs sich ausgesprochen hätten, müßte doch der Regierung zeigen, daß die Vorlage nicht das Richtige treffe. Das einzige Mittel, welches den Interessen des Publikums wie der Landwirtschaft in gleicher Weise gerecht werden und einen durchschlagenden Erfolg haben würde, sei eben die Färbung der Kunstbutter.

Abg. Graf Schlieffen-Schlieffenberg (Cons.) erklärt, der Vorlage nur zustimmen zu können, wenn für die Kunstbutter jeder mit dem Worte „Butter“ zusammengehefte Name unterliegt, wenn eine gesundheitliche Kontrolle der für die Kunstbutter verwendeten Materialien vorgeschrieben und wenn endlich jede Mischung von Kunstbutter mit Naturbutter verboten werde.

Abg. Banha (R.-P.): Die Landwirtschaft ist jetzt wesentlich auf die Thierproduktion angewiesen. Dabei ist die Hauptsache, daß man eben die Thiere hat. (Zustimmung.) Man bemüht sich nun, namentlich seitens der landwirtschaftlichen Vereine, den thierischen Produkten, besonders der Milch, bessere Absatzquellen zu sichern. Alle diese Bemühungen sind jedoch erfolglos, wenn seitens der Kunstbutterfabrikation eine so erbitterte Konkurrenz gemacht wird. Wer seinen Honig will, muß ihn vom Bienenstock holen! Den Kunstbutter selbst wird ja Niemand von uns befehligen wollen. Das Publikum aber muß dagegen geschützt werden, daß ihm ein Kunstprodukt als Naturprodukt verkauft wird. (Beifall.)

Abg. Menzer (Cons.): Zum Schutz der Konsumenten, besonders des armen Arbeiters, dessen Wohl und Wehe mir ebenso am Herzen liegt, wie jedem Anderen, reicht meiner Meinung nach weder die Regierungsvorlage aus, noch der von meinem politischen Freunde Graf Schlieffen eingebrachte Gesetzentwurf. Ich verweise in beiden die Verantwortlichkeit der Fabrikanten für sein Produkt. (Wieder erhöht der Redner ähnliche Verhältnisse bei der Veranlassung und verwahrt sich dagegen, als ob auf der linken Seite des Hauses allein die Interessen des Kaufmannsstandes vertreten würden. Er als Kaufmann sei auf diesen seinen Stand eben so stolz wie auf seine Zugehörigkeit zur Nation. Es würde wohl keiner Partei in den Sinn kommen, die Würde und das Ansehen des Kaufmannsstandes herabzusetzen.)

Damit schließt die Diskussion. Die Vorlage wird einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Die Tagesordnung ist hiermit erschöpft.

Präsident von Wedell schlägt vor, die nächste Sitzung am Montag 11 Uhr stattfinden zu lassen mit der Tagesordnung: Dritte Verathung des Staats- und des Anleihen-Gesetzes.

Abg. Dr. Windthorst bittet, auch die definitive Wahl des Bureau's am Montag auf die Tagesordnung zu setzen. Die Frist von 4 Wochen sei zwar nicht ganz abgelaufen, aber es würde sich für die nächsten Tage doch kaum mehr eine Tagesordnung aufstellen lassen.

Präsident v. Wedell giebt diesem Vorschlag Folge, da sich kein Widerspruch dagegen erhebt. Schluß 3½ Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

33. Sitzung vom 26. März.

11 Uhr. Am Ministertische: von Bödiker, von Buttler u. A. Eingegangen: die kirchenpolitische Vorlage; Antrag Effen, betreffend den Ertrag der im Jahre 1864 im Kreise Sonderburg entstandenen Kriegsschäden.

Das Haus tritt in die dritte Lesung der Kreis- und Provinzialordnung für die Rheinprovinz.

§§ 1-3 werden ohne Diskussion genehmigt. In § 4 (Ausscheiden der größeren Städte aus den Kreisverbänden) erklärt

Abg. Dr. Hammacher (nat.-lib.), daß er seinen in der zweiten Lesung abgelehnten Antrag, schon Städten von 30 000 Einwohnern das Recht auf Bildung eines eigenen Kreises einzuräumen, nicht wieder einbringen wolle, aber hoffe, daß die Staatsregierung von selbst aus Städten über 30 000, aber unter 40 000 Einwohnern eigene Stadtkreise bilden werde.

§§ 4-44 werden darauf genehmigt.

Zu § 45 beantragt

Abg. Dr. Hammacher die vertretungsweise Theilnahme bei der Wahl der Kreistagsabgeordneten ebenso wie juristischen Personen, den Aktiengesellschaften und den Kommanditgesellschaften auf Aktien auch den Berggewerkschaften einzuräumen. Es sei eigentlich allerdings nicht nöthig, dies ausdrücklich festzustellen, da die Berggewerkschaften entweder als juristische Personen, oder Aktiengesellschaften oder größere Grundeigentümer seien. Geheimrath Dr. v. Ritter tritt Namens der Staatsregierung der Ansicht des Vorredners bei, daß eine ausdrückliche Annahme der Berggewerkschaften in diesen Paragraphen unnöthig sei, da ihnen nach dem Wortlaut desselben ebenfalls die vertretungsweise Theilnahme bei den Kreiswahlen zustehe.

Abg. Dr. Hammacher giebt in Folge dieser Erklärung seinen Antrag zurück.

§ 45 und der Rest des Gesetzes werden hierauf angenommen.

In dritter Verathung wird auf Antrag des Abgeordneten Olsen (nat.-lib.) der Gesetzentwurf über das Theilungsverfahren und den gerichtlichen Verkauf von Immobilien im Geltungsbereich des rheinischen Rechts en bloc angenommen; ferner werden ohne Debatte in dritter Verathung angenommen: die Gesetzentwürfe, betreffend Ergänzungen des Ausführungsgesetzes vom 24. April 1878 zum deutschen Gerichtsverfassungsgesetz; betreffend die Ergänzung des Gesetzes über die Veranlagung und hypothekarische Belastung von Grundstücken im Geltungsbereich des rheinischen Rechts vom 20. Mai 1885, betreffend die Abänderung von Aufgebotsbezirken und betreffend die Errichtung eines Amtsgerichts in der Stadt Trebbin.

Es folgt die zweite Lesung des Antrags der Abg. Dr. Sieber, Hise und Lötow wegen Vernehmung der Zahl der mit der Beaufsichtigung der Fabriken betrauten Beamten.

Die zur Vorbereitung des Antrags eingesetzte Kommission beantragt folgende Resolution:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: Die königliche Staatsregierung zu ersuchen, zur wirksameren Erreichung der hinsichtlich einer angemessenen Vermehrung der Zahl der mit der Beaufsichtigung der Fabriken betrauten Beamten (Reichsgewerbeordnung § 139 b) sowie eine Verkleinerung einzelner Aufsichtsbezirke herbeizuführen.

Abg. Dr. Dürre (nl.) erklärt sich gegen den Antrag. Eine Neuordnung des Instituts der Fabrik-Inspektoren sei durchaus notwendig, da im Laufe des letzten Jahrzehnts in Folge der weiteren Entwicklung der Industrie die Aufgabe der Fabrik-Inspektoren eine andere und andere geworden sei. Der Antrag ließe resp. der Kommission wolle aber für das eingetretene Bedürfnis nur eine äußerliche Abhilfe schaffen und werde gerade dadurch eine zeitgemäße Umgestaltung des Instituts hindern. Es handle sich nicht allein um eine Ueberwindung der Fabriken, welche ja auch von Seiten der Polizei, der Dampfesellschaft, deren es in Preußen allein 23 gebe, genötigt werde. Noch wichtiger seien in dieser Beziehung die Unfallversicherungs-Gesellschaften, die ihre Aufgabe erst dann voll und ganz lösen würden, wenn sie der Unfallversicherung eine ausgedehntere Aufmerksamkeit anwenden würden. Mit der Vermehrung der Fabrikinspektoren allein sei wenig gethan. Die Regierung habe für die nächste Session ein Alters- und Invalidenversicherungsgesetz für die Arbeiter in Aussicht gestellt. Wenn dieses gegenwärtige Gesetz zu Stande komme, so werde es wiederum die Thätigkeit der Fabrikinspektoren verändern und ihr theilweise andere Aufgaben aufweisen. Man dürfe also nicht immer bloß an Mehrbewachung der Fabriken denken und nicht die Umgestaltung außer Acht lassen, welche das Institut der Fabrikinspektoren durch das Fortschreiten unserer Arbeitergesetzgebung notwendig erleiden müsse. Also das Wichtigste sei eine Neuordnung des Instituts, nicht eine Vermehrung der Fabrikinspektoren, welche schwierig und zur Zeit ungewinnbar sei.

Staatsminister von Boetticher: Der Herr Vorredner hat bereits nachgewiesen, daß der Antrag wenigstens in seiner Tendenz der sachlichen Begründung entbehrt, er hat dafür so eingehende Beläge beigebracht, daß ich kaum noch etwas hinzuzufügen habe. Der Antrag will nichts weiter, als die Regierung bisher gethan hat und in Zukunft immer thun wird. Die Tendenz des Antrags ist wesentlich arbeiterfeindlich, deshalb sind auch feimezeit alle Parteien im Reichstage dafür gewesen und die Regierung kann heute sich auf denselben Standpunkt stellen und sagen: wo das Bedürfnis vorliegt, werden wir eine angemessene Verstärkung der Aufsichtskräfte eintreten lassen, resp. eine Theilung der Aufsichtsbezirke vornehmen. Wo liegt nun aber das Bedürfnis? Dafür hat die Kommissionsberathung nicht das Mindeste beigebracht. Wenn sie und gezeigt hätte, wo solche Uebelstände vorhanden sind, die eine Vermehrung der Fabrik-Inspektoren durchaus nöthig machen, so hätte sie sich ein großes Verdienst erworben. Mit der allgemeinen Behauptung, daß das Mißverhältnis zwischen der Anzahl der stattgefundenen Inspektionen und der Anzahl der Fabriken zu groß sei, ist erschrecklich wenig gethan. Wo in einem Bezirke die Unfallverhütungsvorschriften gewissenhaft beobachtet werden, genügt eine geringe Anzahl Inspektoren, wo die Beobachtung jener Vorschriften eine Laxe ist, wird die Kontrolle eingehender sein müssen, und vielleicht auch eine Vermehrung des Aufsichtspersonals resp. eine Theilung der Bezirke angebracht sein. Der Herr Abg. Dr. Lieber hat in der früheren Beratung gesagt, der preussische Landtag hätte nicht nöthig, sich mit dieser Materie zu befassen, wenn nur der Herr Reichskanzler den Einspruch da, wo ein Bedürfnis vorliegt, einen entsprechenden Wink gegeben hätte. Diese Behauptung ist im Sinne der Parteistellung des Herrn Dr. Lieber eine etwas gewagte; er kann ja gar nicht wünschen, daß der Reichskanzler in Dinge eingreift, die Sache der einzelnen Bundesregierungen sind. Der Herr Reichskanzler hat auch noch keine Veranlassung gehabt, in solcher Weise einzugreifen, denn ihm ist bisher in keiner Weise ein Bedürfnis nachgewiesen worden. Von keiner Seite, weder von den Behörden, noch von den Industriellen, noch von den Arbeitern ist irgend eine Anregung zur Vermehrung der Fabrikinspektoren bei der Regierung eingegangen. Nun sagt man, die Industriellen hätten kein Interesse an der Vermehrung der Fabrikinspektoren und die Arbeiter riskiren es nicht, ihre Wünsche zur Sprache zu bringen. Wenn die Uebelstände wirklich so bedeutend wären, dann würden sich auch Leute gefunden haben, die dieselben zur Sprache gebracht hätten. Daß die Regierung die Sache mit Interesse verfolgt und auf eine Vermehrung der Kräfte bedacht ist, sehen Sie aus dem gegenwärtigen Etat. Die Regierung ist auf richtigem Wege, wenn sie nicht auf einfache Anregung hin eine Vermehrung vornimmt, wenn sie namentlich sich eine eingehende Prüfung bis dahin vorbehält, wo die Einrichtungen der Berufsvereinigungen sich bewährt haben. Die Berufsvereinigungen gehen mit großem Eifer auf dem Gebiete des Erlasses von Unfallverhütungsvorschriften und in Bezug auf die Kontrolle der Betriebe vor. Die Regierung hat sehr wohl gethan, von dem ursprünglich beabsichtigten und vom Reichstag mit Zustimmung angenommenen Plan des Erlasses von allgemeinen Unfallversicherungsvorschriften für die gesamte Industrie wieder abzugehen, denn die Verhältnisse der einzelnen Industriezweige sind so verschieden, daß allgemeine Bestimmungen nicht am Platze sind. Deshalb haben die Berufsvereinigungen spezielle Unfallverhütungsvorschriften erlassen oder sind im Begriff, es zu thun. Was hat es für einen Zweck, einen Fabrikbetrieb, der bereits kontrollirt wird durch die Ortspolizeibehörde, durch den Beauftragten der Berufsvereinigungen und durch den Dampfesellschaftsinspektor kontrolliren zu lassen. Der Fabrikinspektor soll nur vorwiegend seiner technischen Kenntnisse der Beirath der Behörden für die Sicherheit des Betriebes, der Beirath der Industriellen und der Beirath der Arbeiter sein, es ist aber nicht seine Aufgabe, überall nachzugehen, ob jede Vorschrift genau erfüllt ist. — Wo sich also ein Uebelstand herausstellt, sind wir bereit, die Aufsichtskräfte zu vermehren und die Bezirke, die zu groß sind, zu verkleinern. Nach dieser Richtung brauchen Sie den Antrag nicht mehr. (Beifall.)

Abg. Trautmann: Die Erklärung des Herrn Ministers scheint mir im Widerspruch zu stehen mit den bisherigen Vorgängen. Der Antrag ist auf Anregung im Reichstage gestellt und die Anregungen der Realisationskommission in der Kommission lauten auch ganz anders. In dieser Richtung Form dürfte die Regierung den Antrag jedenfalls nicht zurückweisen. Wenn der Minister sich dahin geäußert, es sei schon an denselben kein Bedürfnis vorhanden, weil aus den Reihen der Interessenten, der Fabrikbesitzer selbst, keine dahingehende Anregung ergangen, so verweise ich einfach darauf, daß die Einrichtung wesentlich auf Anregung der Sozialdemokraten getroffen worden ist. Diese aber haben das Interesse völlig verloren, weil die Institution sich als durchaus segensreich bewiesen hat. Wenn der Herr Minister meint, es hätte zahlenmäßig das Bedürfnis nachgewiesen werden müssen, so thut er den Antragstellern Unrecht, denn diese haben das Bedürfnis wohl erkannt, zur zahlenmäßigen Begründung aber eben die Thätigkeit der Regierung herbeizuführen. Die jetzt deutlich erkennbare Abneigung der Sozialdemokraten sollte doch eher darauf hinweisen, die Sache im Sinne der Antragsteller zu ändern. Die Forderung der Kommission ist durchaus nicht unangenehm und ich hoffe, daß die Regierung nach Annahme derselben das nöthige Material zur gefälligen Abklärung der Sache sammeln wird.

Minister v. Boetticher: Der Herr Vorredner hat mich vollkommen mißverstanden; von einer scharf abweisenden Behandlung des Antrags ist mir nichts befohlen. Wir sind ja bereit, im Falle des Bedürfnisses eine Vermehrung der Fabrikinspektoren und eine Theilung der Bezirke vorzunehmen. Des Antrages bedarf es also gar nicht. Zwischen meinen heutigen Erklärungen und den früheren der Regierungskommission besteht auch nicht der geringste Widerspruch. Wenn die Fabrikinspektoren ein Schutz gegen die Sozialdemokratie sein sollen, so sind wir damit ja vollkommen einverstanden, das entbehrt und aber nicht von der Prüfung der Frage, in welchem Maße eine Vermehrung des gegenwärtigen Zustandes nöthig ist. Mit freudiger Begrüßung, daß sich zwischen den Fabrikinspektoren und den Arbeitern ein Vertrauensverhältnis entwickelt hat. Das hat sich auch bei den letzten Wahlen gezeigt, und ich erinnere nur an den Erfolg des Fabrikinspektors in Dortmund, der von den Arbeitern sehr gut aufgenommen ist. Wenn

etwas dann dienen kann, dieses Verhältniß zwischen Arbeitern und Fabrikinspektoren zu verbessern, so bin ich der Letzte, der dies nicht wünscht. Das Institut der Fabrikinspektoren ist keineswegs überflüssig, noch würde man es nicht vernichten und verbessern, wie es schon geschieht. Die Rede des Herrn Vorredners war vorher ausgearbeitet, sie hat keine ausreichende Rücksicht auf meine Erklärungen genommen. Ich wünsche, daß der Vorredner mich bei der weiteren Diskussion besser verstehen möge, als bisher.

Abg. Frhr. v. Minnigerode (Konf.) findet keine Veranlassung nach den Ausführungen des Ministers, welche eine erfreuliche Ueber-einstimmung mit den Ansichten der Kommission erkennen lassen, die Ansichten des Hauses in einem besonderen Beschlusse zum Ausdruck zu bringen.

Abg. Dr. Lieber (Centr.): Nach dieser kurzen Erklärung und der durch den Vorredner gehaltenen seiner Freunde müßte Herr von Minnigerode eigentlich zu einem Antrage auf motivirte Tagesordnung kommen, welche diese Gedanken zum Ausdruck bringt, es würde sich also empfehlen, diese Form des Beschlusses in Aussicht zu nehmen. Der Herr Minister hat im Allgemeinen die Bereitwilligkeit zu erkennen gegeben, die Zahl der Fabrik-Inspektoren zu vermehren und die Bezirke zu verkleinern, aber er hat noch anderes gesagt, er hat gemeint: wo soll das hinführen, wenn wir die kleinen Betriebe, die schon den Untersuchungen der Ortspolizei, der Revision der Berufsvereinigungen und der Dampfesellschaft unterworfen sind, noch mit Fabrikinspektoren belästigen? So das ist die Folge der Sympathien. Die Frage der Fabrikinspektoren-Vermehrung kann ganz losgelöst werden von diesen Revisionen anderer Art, denn die Thatsachen beweisen Tag für Tag, insofern klar, daß die Aufsicht der Ortspolizei absolut nicht genügt und daß die der Fabrikinspektoren dringender nöthig ist, und zwar um so dringender, als diese Herren, trotz ihrer großen Eingebung ohne Titel, garnicht im Staade sind, 25 Prozent der ihnen unterstellten Betriebe jährlich zu revidiren. Deshalb müssen die Bezirke verkleinert, das heißt die Anzahl der Fabrik-Inspektoren vermehrt werden. — Selbst, wo die Polizei-behörde voll und ganz ihre Pflicht erfüllen würde, bliebe für die Fabrikinspektoren ein Feld segensreicher Thätigkeit. Wenn man sagt, die Anregung sei nicht aus Arbeiterkreisen gekommen, so erinnere ich daran, daß dieser Antrag, der hier eben Veranlassung zur Debatte giebt, einem Antrage der Arbeiter im Reichstage auf eine vollständig neue Organisation der Arbeit seinen Ursprung verdankt. Dieser Antrag hier ist eine Minimalanerkennung gegenüber den Forderungen auf vollkommene Neuorganisation. Bringen Sie doch einmal ein Gesetz, welches allen sozialdemokratischen Forderungen Grund und Boden entzieht, wir wollen darüber diskutieren, behaupten Sie doch immer, Gesetze nöthig zu haben, um den autonomen Agitationen die Anspruchsquelle zu nehmen. Hier handelt es sich um den wahren Arbeiterschutz, und da wird doch Niemand zweifeln, daß die schönsten Gesetze nichts taugen, wenn wir nicht die wirksame Ausgestaltung der Inspektionsanstalten schaffen. Die ganze französische Fabrikgesetzgebung kann nicht zur Ausführung, weil, wie es in einem Werke darüber heißt, das „arme Frankreich nicht die paar Tausend Franken übrig hatte, um die Organisation auszuführen.“ Möge nicht einst aber unsere Fabrikgesetzgebung ebenso gerichtet werden. Damit dies nicht möglich ist, dazu bitte ich Sie, nehmen Sie den Antrag an und sorgen Sie dadurch dafür, daß wir, wie auf so vielen Gebieten, so auch hier an der Spitze der Civilisation marschiren. (Beifall.)

Abg. Frhr. v. Minnigerode (Konf.): Um jedes Mißverständnis zu vermeiden und entsprechend der Anregung des Herrn Vorredners stellen der Herr Abg. Stengel (freik.) und ich folgenden Antrag: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: mit Rücksicht auf die seitens der königlichen Staatsregierung abgegebenen Erklärungen über den Antrag Stengel's auf Tagesordnung überzugehen.“

Abg. Dr. Meinholt (nl.): In unserer Fraktionsbildung hat die große Mehrheit beschlossen, für den Antrag der Kommission zu stimmen. (Beifall.) Die Erklärungen des Ministers ändern einigermaßen die Sachlage: Die Gegenstände, welche heute hervorgehoben sind, sind mehr dialektisch als sachlicher Natur. Es herrscht überall der gute Wille, auf dem Geben der Arbeiterreform und Arbeiterschutzgesetzgebung weitere Schritte zu thun, um die Uebelstände zu beseitigen, und es handelt sich hier nicht um das Tempo und das Temperament, mit welchem von den einzelnen Parteien die Reform befürwortet wird. Die Parteien im Lande haben Veranlassung, die Regierung zu drängen, mit größerer Energie vorzugehen und mit größerem Nachdruck für das Wohl der Arbeiter einzutreten. Seit Jahren wird diese Frage hier und im Reichstage verhandelt und der Kommissionsbericht giebt dem Gefühle der Resignation Ausdruck, daß es nicht gelungen ist, die Regierung zu energischeren Schritten zu veranlassen. Die Anträge hier und im Reichstage beweisen, daß Uebelstände vorhanden sind. Nach den Berichten der Fabrikinspektoren kann man sich nicht der Ueberzeugung verschließen, daß eine Vermehrung der Inspektoren durchaus notwendig und wünschenswerth ist. Weiterer Beweis bedarf es gar nicht. Eine Menge von Unglücksfällen hätte vermieden werden können, wenn die Betriebe besser geprüft worden wären. Es handelt sich hier um ein damnus irreparabile. Theilweise bestehen noch haarsträubende Verhältnisse in Bezug auf Schutzvorrichtungen, welche nur durch Revisionen, denen durch einen technischen Beamten ausgeführt werden, abgehoben werden könnten. Wir haben eine große Verantwortung, wenn wir nichts thun, um die Unglücksfälle und Verluste zu vermeiden. Hier steht die Regierung als der allein schuldige Theil da, denn auch die konservativen Parteien sind nicht im Zweifel, daß auf diesem Gebiet weiter geschritten kann. Allerdings will die Regierung mit Recht die Entwicklung der Berufsvereinigungen abwarten, aber der Generalrath spielt doch eine große Rolle. Das Institut der Fabrikinspektoren müßte so reorganisiert werden, daß ein Kollegium von Polizeibeamten, technischen Beamten und Vertretern der Industriellen die Aufsicht führt. In Frankfurt a. O. hat sich ein dergleichen freiwilliges Kollegium gebildet und dadurch eine größere Anzahl von Revisionen ermöglicht, welche auf die Verhütung von Unfällen hingewirkt haben. Jedenfalls muß diese Frage unangefochten von der Regierung im Auge behalten werden. Weder finanzielle noch administrative Schwierigkeiten stehen hier entgegen. Durch Anstellung von Assistenten oder Theilung der Bezirke kann geholfen werden. Jeder von uns nimmt durch die Abstimmung Theil an der Verantwortung für zahlreiche Unfälle, die vermieden werden können. Die Regierung handelt in ihrem eigenen Interesse, wenn sie der Sozialdemokratie und der Arbeiterbewegung im Lande durch solche Maßnahmen den Boden der Agitation entziehen will. Namens der Mehrheit meiner Fraktion erkläre ich, daß wir für den Antrag stimmen.

Minister v. Boetticher: Der Herr Vorredner hat gegen die Regierung einen Vorwurf erhoben, den ich nicht anerkennen kann. Er sagt, die Regierung stehe vor dem Lande als der allein schuldige Theil da, wenn einer Anzahl von Unfällen nicht vorgebeugt worden ist. Wäre die Zahl der Fabrikinspektoren früher vermehrt worden, so hätte das auch nicht vor Unfällen garantiert; man müßte denn für jeden Arbeiter einen besonderen Fabrikinspektor bestellen. Im Falle des Bedürfnisses wollen auch wir eine Vermehrung der Fabrikinspektoren eintreten lassen, aber das Maß des Bedürfnisses und die Art der Theilung der Bezirke ist eben freitrag. Die Regierung ist aus guten Gründen nicht weiter gegangen, sie will aber alles thun, was von ihr hochgeschätzte Institut der Fabrikinspektoren möglichst zu veredeln können.

Abg. Trautmann (nl.) ist der Ansicht, daß die Ausführungen der Abg. Lieber und Meinholt doch nur darauf hingleiten, zu beweisen, daß durch Vermehrung der Fabrik-Inspektoren die Unfälle vermehrt werden könnten, daß Alles verthet werden könnte, halten die Herren doch nicht präzisirt. Wenn der Minister das Institut der Fabrik-Inspektoren „überaus nützlich“ nennt, so widersprechen doch gerade diesem Urtheile seine Ausführungen, welche lediglich darauf abzielen, das Institut der Fabrik-Inspektoren durch die Ortspolizeibehörde zu ersetzen. Wenn seine Ausführungen dem Minister den Eindruck gemacht haben, als seien sie auswendig gelernt gewesen, so bemerke er, daß sich dieselben auf Ausführungen des Ministers und des Abg. Dürre bezogen hätten; es wäre also eine Ausarbeitung nicht möglich, wenn ihm die Herren die ihrigen vorher mitgetheilt hätten; das sei doch aber nicht denkbar. Außerdem liege aber in dieser Insinuation

eine Art von Nichtachtung, welche gegenüber einem Abgeordneten hohnwürgend, wenn es auch ein noch junges sei, namentlich vom Regierungssitze aus besser vermieden würde. (Beifall links, Obel rechts.)

Minister v. Boetticher: Ich habe es durchaus für keinen Fehler, wenn ein Redner seine Rede auswendig gelernt hat. Es ist sogar anerkennenswerth, wenn ein Redner sie vorher ausarbeitet, falls er nicht frei sprechen kann. Wenn wir uns über die Diskussion beschweigen können, so bin ich am meisten dazu bereit. Der Vorredner hat ja gesagt, obwohl der Minister das Institut der Inspektoren für nützlich erklärt hat, obwohl er das Bedürfnis nach der Vermehrung prüfen will, so hat er sich doch als ein Gegner des Instituts gezeigt. Das ist eine Unterföhrung, wie sie dem parlamentarischen und auch dem sozialen Gebrauche nicht entspricht. Wenn ich hier in autoritativer Weise namens der Regierung Erklärungen abgebe, so muß ich mir ernstlich verbiten, daß mir unterstellt wird, daß diese Erklärungen nicht ernstlich gemeint sind. (Beifall rechts.)

Abg. v. Schwarzkoppen (freik.) bittet die Regierung zu erwägen, ob es nicht angeht, die Gewerbetriebe dahin mit Anmerkungen zu versehen, daß sie Meßingenieurbeamte zuziehen müssen.

Abg. Dr. Lieber bittet, den Antrag auf motivirte Tagesordnung abzulehnen.

Abg. Frhr. v. Minnigerode begründet kurz nochmals seinen Antrag unter Bezugnahme auf die Erklärungen vom Minister; wärde man jetzt noch jenen Antrag annehmen, so könnte das wie ein Mißtrauensvotum ausfallen, wenn es auch ein solches nicht sein sollte. Die nationalliberale Partei verstehe er nicht, daß sie sich im Lande ganz anders zur Sache stelle, als in der Kommission. Er seinerseits stelle sich ganz sachlich zu dem Antrage und deshalb genüge ihm die Erklärung der Regierung; wenn Andere ein „Nein“ vor den Augen der Arbeiter“ nöthig zu haben meinten, so sei dies bei ihm nicht der Fall. Er mache das Mißtrauensvotum gegen die Regierung nicht mit (Beifall rechts), und zwar um so weniger, als die ganze sozialreformatorische Gesetzgebung von der Reichsregierung und speziell von der preussischen ausgegangen sei. (Beifall rechts.)

Abg. Dürre (nat.-lib.) erklärt nochmals, daß er zu dem Antrage, abweichend von der Mehrzahl seiner Freunde, persönlich Stellung genommen habe.

Abg. Trautmann widerspricht der Deutung seiner Erörterungen, als sollten dieselben ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung bedeuten, und glaubt nach den Worten des Ministers zu der Schlußfolgerung berechtigt gewesen zu sein, als gebe die Regierung vielmehr auf die Auflösung des Instituts der Fabrikinspektoren aus, als auf deren Stärkung. Die Absicht der Insinuation, als spreche der Minister anders als er denke, habe ihm vollkommen fern gelegen.

Nach Schluß der Debatte und einem kurzen Resümee der Debatte durch den Berichterstatter Abg. Gise bemerkt

Abg. Dr. Meinholt persönlich gegenüber dem Abg. v. Minnigerode, daß doch hier keine Veranlassung vorliegen habe, so zu sagen, die schmutzigen Wäsche der Kartellparteien zu waschen.

Abg. Frhr. v. Minnigerode: Wenn zwischen den Kartellparteien auch eine gewisse Liebe walte, so müßte doch dabei selbstverständlich auch eine gewisse Kontrolle vorhanden sein.

Abg. Dr. Meinholt erwidert, daß auf die Klage, man müsse einer Partei gegenüber vorsichtig sein, welche im Hause eine andere Stellung einnehmen, als in der Kommission, doch auch eine Erwiderung nöthig gewesen sei.

Der Antrag der Kommission wird hierauf gegen die Stimmen der Konservativen und eines kleinen Theiles der National-Liberalen angenommen; dafür stimmt auch der Abg. Freiherr v. Hammerstein. — Damit ist der Antrag v. Minnigerode auf motivirte Tagesordnung verworfen.

Die Landgüterordnung für den Regierungsbezirk Rassel wird nach kurzen Worten der Abg. Sellwig, Dr. Langemann, Dr. Lieber, v. Rauchhaupt und Sells entlassen dem Vortrage des Abg. v. Bismarck (Platon) auf weitere Durchberatung des Entwurfs im Plenum, zur Vorberatung an eine Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Der Gesetzentwurf, betr. die Vertheilung der öffentlichen Lasten bei Grundstücksheilung und die Gründung neuer Ansiedlungen in der Provinz Hannover, wird ebenso wie derjenige einer Handwerkerordnung für den Distrikt und den Oberweserwaldkreis, ohne weitläufige Debatte in erster Lesung erledigt. Die weitere Beratung wird gleichfalls im Plenum stattfinden.

Nächste Sitzung: Dienstag, 29. März, 11 Uhr. (Wahlprüfungen auf Grund von Kommissionsberichten und Berichte von Sachkommissionen.) Schluß 24 Uhr.

Herrenhaus.

11. Sitzung vom 26. März.

12 Uhr. Am Ministertische: Dr. Friedberg, Maybach. Eintragungen ist die Denkschrift über die Entschädigungen für die durch die Ueberschwemmung der Weichsel eingetretenen Verheerungen.

In einmaliger Schlussberatung ertheilt das Haus zunächst ohne Debatte dem Gesetzentwurf, betreffend die Verlängerung der im § 7 des Gesetzes, betreffend Organisation und Abänderung der Bestimmungen über die Ausübung der Feuererzeugungs Thell aus den sogenannten stehenden Befehlen in der Provinz Schleswig-Holstein vom 25. Mai 1885 festgestellten Frist, die verfassungsmäßige Zustimmung.

Es folgt der Bericht der Justizkommission über den Gesetzentwurf, betreffend das Verfahren bei Vertheilung von Immobilien in Geltungsbereich des Rheinischen Rechts.

Die Kommission beantragt, dem Gesetzentwurf in der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Fassung die verfassungsmäßige Zustimmung zu ertheilen.

Adams spricht der Regierung den Wunsch an, daß dieselbe möglichst bald zur Beseitigung des Realcredits im Gebiete des rheinischen Rechts einen Gesetzentwurf, bezugs distriktweiser Einschränkung der Grundbuchordnung vorlegen möge. Vielleicht sei dies schon in der nächsten Session möglich.

Zustimmung Dr. Friedberg: Der Wunsch des Vorredners wird von der Regierung getheilt. Darüber aber, ob es möglich sein wird, den Wunsch schon bis zur nächsten Session zu erfüllen, muß ich mich eines Versprechens enthalten. Die einleitenden Schritte sind bereits geschritten.

Der Antrag der Kommission wird hierauf angenommen.

Der Bericht über die Ergebnisse des Betriebes der für Rechnung des preussischen Staates verwalteten Eisenbahnen im Betriebsjahre 1885/86; der Bericht, betreffend die Bauausführungen und Beschaffungen der Eisenbahnenverwaltung während des Zeitraums vom 1. Oktober 1885 bis dahin 1886; der Bericht, betreffend die bisherige Ausführung von Bestimmungen in den verschiedenen Gesetzen über den Erwerb von Privateisenbahnunternehmungen für den Staat, sowie der Bericht, betreffend die Verwendung des Erlöses für verkaufte Berliner Stadtbahn-Parzellen werden ohne Debatte durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt.

Der Gesetzentwurf, betreffend die weitere Herstellung neuer Eisenbahnlinien für Rechnung des Staates und sonstige Bauausführungen auf den Staatsbahnen wird nach kurzer Debatte unanversändert angenommen, ebenso der Gesetzentwurf, betreffend den weiteren Erwerb von Privateisenbahnunternehmungen für den Staat.

Eine Petition der Handelskammer, des Magistrats und der Stadterordneten von Braunschweig, sowie des landwirtschaftlichen Vereins für den Kreis, zu erwirken: daß eine Anschlußbahn von Braunschweig nach dem Kreuzungspunkte der in Ausführung begriffenen Bahnen Guelph-Nel und Magden-Snowrowald oder nach Jula staatsfreiig baldigst erbaut werde, wird auf Antrag der Kommission der Regierung als Material zur Erwägung überwiesen. Damit ist die Tagesordnung erledigt. Der Präsident theilt mit, daß er die Absicht habe, die nächste Sitzung erst nach dem 18. April anzukündigen.

Nächste Sitzung: Unbestimmt. Schluß 24 Uhr.

Verantwortliche Redakteure: F. Bernburg in Berlin. Für die auf die deutschen politischen Angelegenheiten bezüglichen Theile: E. C. Kober in Berlin.

Druck und Verlag der National-Rekama Dr. A. Salomon in Berlin.